

Sport ist ein Stadtentwicklungsthema

von Gerd Thomas

Der Kampf um die Bundestagsmandate ist gelaufen. Das Entsetzen über die Erfolge der so genannten Rechtspopulisten ist groß und bestimmt die Debatte. Der Sport spielte im Wahlkampf wieder keine Rolle. Aber bei der Frage, welchen Vorsitz man der AfD geben könne, fällt vielen schnell der Sportausschuss ein. Hier könne man am wenigsten Schaden anrichten. Diese Haltung verdeutlicht die fehlbewertete Rolle des Sports. Was Rechtsradikale in Sportvereinen anrichten können, lässt sich an erschreckenden Beispielen in Sachsen-Anhalt oder Brandenburg, aber auch anderen Regionen beobachten. Doch nun dient der Sport voraussichtlich vor allem als verzichtbarer Teil einer Verhandlungsmasse.

Dabei vereint der DOSB rund 27 Millionen Mitglieder unter seinem Dach, allein der DFB stellt 7 Millionen davon. Die vielen Individualsportler (Jogger, Skater, Besucher von Fitness-Studios etc.) sind dabei noch nicht berücksichtigt. Ein Drittel der Gesamtbevölkerung – inkl. aller Altersgruppen von 0 bis 100 Jahre – ist in einem Sportverein organisiert. Gemessen an dieser unglaublichen Zahl, die keine Kirche, keine Gewerkschaft, keine Krankenkasse, kein Automobilclub erreicht, ist der (Breiten-)Sport in der öffentlichen Debatte völlig unterrepräsentiert. Woran liegt das?

Entweder ist mit dem Sport bei Wahlen kein Blumentopf zu gewinnen, oder die Vertreter der Sportverbände schaffen es einfach nicht, eine offensive Lobbyarbeit für den Breitensport zu organisieren. 99,9 % aller Sportlerinnen und Sportler sind Amateure. In den Medien der Hauptstadt wird aber fast ausschließlich über Profisport berichtet, vor allem über die Fußball-Bundesliga oder die Champions League, Formel 1 oder Tennis. Berliner Tageszeitungen berichten am Montag über das, was am Vortag schon im Fernsehen oder Internet zu erfahren war. Einzig das Fachblatt Fußball-Woche und ein paar personell unterbesetzte Onlineseiten widmen sich auch der breiten Masse.

Kulturförderung hat Tradition – die finanzielle Unterstützung des Sports nicht

Obwohl kein anderes aktives Hobby mit der Beliebtheit des Amateursports mithalten kann, ist er kein Thema im Wahlkampf oder danach. Schließlich sind die integrativen, gesundheitsfördernden und präventiven Aspekte von Sport unbestritten. Kultur, Wissenschaft und allen voran die Wirtschaft schaffen es, erheblichen Druck auf die Politik auszuüben. Die Berliner Staatsoper wurde für über 400 Millionen umgebaut, die Eröffnung von der Morgenpost als „Volksfest der Hochkultur“ gefeiert. Die Hamburger Elbphilharmonie verschlang eine Milliarde und nur grenzenlose Optimisten glauben daran, dass beim Wiederaufbau des barocken Hohenzollernschlosses Unter den Linden die veranschlagten 600 Millionen eingehalten werden.

Der (Hoch-)Kultur ist nicht vorzuwerfen, dass sie es in Berlin schafft, gleich drei staatliche Opernhäuser mit erheblichen Zuschüssen am Leben zu halten. Dennoch sind die folgenden Zahlen, vor einigen Monaten vom Tagesspiegel aufgelistet, durchaus bemerkenswert. Der öffentliche Zuschuss pro Besucher der Deutschen Oper liegt demnach bei 180 Euro, die Staatsoper kommt gar auf unfassbare 257 Euro. Dagegen braucht ein Besucher der oft als überteuert gescholtener Bäderbetriebe eine Subvention von 8 Euro, immerhin nur die Hälfte des Zuschusses für einen Gast des Friedrichstadt-Palastes. Kulturförderung hat eine lange Tradition, die finanzielle Unterstützung des Sports nicht.

Sicher, auch Sporthallen und Fußballplätze werden von der öffentlichen Hand gebaut und finanziert, zudem soll man nicht Äpfel

mit Birnen vergleichen. Doch wenn die Förderung von 100 Breitensportlern dasselbe kostet wie die Subvention eines Operntickets, stimmen die Relationen nicht einmal ansatzweise. Das sollte sich gerade eine rot-rot-grüne Regierung vor Augen halten nicht zuletzt im Sinne ihrer Wählerinnen und Wähler und über Korrekturbedarf nachdenken.

Kämpfe um neue Sportstätten wurden verloren

Aktive wissen, in welchem jämmerlichem Zustand viele Sportstätten der Hauptstadt sind. Doch niemand begehrt dagegen auf. Dass es um viele Schulgebäude nicht besser aussieht, ist dabei kein Trost. Verwahrloste Fußballfelder und Sporthallen mit morbiden 50er-Jahre-Charme, die schon in schlechtem Zustand waren, bevor sie zur Notunterkunft zweckentfremdet wurden. Legionellen in den Duschräumen, Umkleidekabinen ohne Sichtschutz und einiges mehr werden Sportlerinnen und Sportlern zugemutet. Kein Intendant der Republik würde sich das gefallen lassen. Das Verletzungs- und Infektionsrisiko ist groß und führt unbestritten zu hohen Belastungen der gebeutelten Krankenkassen.

Ein Bundes-Sportministerium gibt es nicht, wohl aber eine Staatsministerin für Kultur, direkt bei der Bundeskanzlerin angesiedelt. So richtig dieser Zustand für die Kultur ist, so falsch ist er für den Sport. Der wird immer noch im Innenministerium verortet, ein Relikt aus uralten Zeiten, in dem Sport in erster Linie unter Kontrolle gehalten werden sollte oder gar als Instrument zur Wehertüchtigung eingeordnet wurde. Der Bundesminister des Innern äußerte jüngst, er würde dem Sport gern mehr Geld zur Verfügung stellen, aber darüber würde erst nach der Wahl geredet. Hoffentlich erinnert er sich nach der Wahl noch an sein Versprechen. In Berlin hat der rot-rot-grüne Senat lobenswerterweise sehr schnell alle zweckentfremdeten Hallen leer gezogen, die Sanierung wird aber noch viele Monate dauern. Vor allem aber hat man einen Kultursenator installiert. Der Sport ist wie seit mehr als 100 Jahren beim Innensenator angesiedelt, immerhin mit einem Sport-Staatssekretär ausgestattet, der als aktiver Sportler tatsächlich so etwas wie Leidenschaft für sein Ressort mitbringt. Dennoch: Was ist eine kleine und finanziell schlecht ausgestattete Sportverwaltung gegen eine Kulturbehörde mit eigenem Senator?

Der Sport in der Hauptstadt hat eine schwache Position. Die Kämpfe um Sportstätten in der Innenstadt wurden fast alle verloren, ob nun gegen Kleingärtner, Immobilienwirtschaft oder bei der Neuplanung für das Tempelhofer Feld, als LSB und BFV nach der Abstimmung zusammen mit der Großen Koalition als Verlierer vom Platz gingen. Interessanterweise gab es keine Initiative der Sportverbände CONTRA Tegel-Offenhaltung und damit PRO Möglichkeiten für neue Sportstätten, vielleicht aus Angst vor einer neuerlichen Schlappe. Nun kann man diese Niederlagen beklagen, man kann sogar den völlig demokratisch zustande gekommenen Bürgerwillen zum Tempelhofer Feld schelten. Besser wäre es aber, eine schonungslose Analyse zu betreiben und Zukunftsvisionen für den Sport zu entwickeln.

Denn Sport ist ein wichtiges Stadtentwicklungsthema. Funktionierende Sportmöglichkeiten schaffen einen großen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Gibt man allerdings die Begriffe „Sport, Berlin, Masterplan“ oder gar „sportliche Vision Berlin“ in die Suchmaschine ein, findet man nichts von Relevanz. Dabei gäbe es durchaus Möglichkeiten, zeitgemäße Konzepte zu etablieren und Sportstätten zu bauen. Aber wenn diese gar nicht erst mitgedacht werden, wie bei den fast 1000 neuen Wohnungen am Wilmersdorfer

Güterbahnhof oder den 1300 neuen Wohnungen am Südkreuz, wie sollen die Vereine dann dem steigenden Bedarf gerecht werden? Sie scheitern an dieser Aufgabe.

Vereine und Verbände müssen lauter und aktiver werden

Verbände, aber vor allem die Vereine fangen an der Basis die oft negative Stimmung auf. Sie müssen die Politik auf die durchaus vorhandenen Möglichkeiten aufmerksam machen und stetig an die Notwendigkeit von Sportstätten erinnern. Viele Vereine vor Ort sind schon heute überfordert und kommen jetzt schon kaum ihren Aufgaben nach. Gleichzeitig wird von ihnen immer mehr verlangt: Integration, Kinderschutz, Prävention, Sicherheit, Elternarbeit und vieles mehr, was über die klassischen Sport hinausgeht. Ehrenamtliche Bindungen sind nicht mehr so langfristig wie früher, die Konkurrenz von anderen Freizeitangeboten wächst, die Finanzierung der Vereine ist vielerorts unsicher. Gleichwohl sollten Vereine sich nach Mitstreitern umsehen. So gibt es einige gute Beispiele, die sinnvolle Kooperationen zwischen Vereinen und freien oder kommunalen Trägern belegen. Der FC Internationale und die RheinFlanke gGmbH zeigen, wie eine Win-Win-Situation für beide Seiten aussehen kann.

Allerdings scheitern viele Vereine schon frühzeitig bei ihren Bemühungen an den Behörden der Stadt. Hier werden bereits im Vorfeld gute Ideen zur Gewaltprävention, der Integration von Geflüchteten oder der Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zunichte gemacht. Wenn leitende Beamte Sätze hören wie „Wir haben nicht genug Sportstätten, also können wir keinen Flüchtlingsport ermöglichen!“, gerät jeglicher Elan unmittelbar zum Erlahmen. Ein führender Migrationsforscher der Stadt sagte neulich den ernüchternden Satz „Verwaltung verhindert Integration!“. Das gilt insbesondere für den Berliner Sport. Die viel beschworene und richtig erkannte Kraft des Sports in den beschriebenen Bereichen wird in der Hauptstadt vollkommen unzureichend erkannt und genutzt. Es wird interessant sein, ob nach der rot-rot-grünen Legislaturperiode Besserung eingetreten ist. Der amtierenden Berliner Regierung stünde es gut zu Gesicht, sich des Themas Breitensport annehmen, die vielfältigen Möglichkeiten auszuloten und zu nutzen. Eine Unterstützung des Amateursports würde die Stadt attraktiver machen, könnte aber auch zu mehr Zufriedenheit bei vielen bisher negativ eingestellten Bürgerinnen und Bürgern führen. Denn Sport wirkt unmittelbar, direkt vor der Haustür, für Kinder, Berufstätige, aber auch zunehmend Senioren. Denn heute ist es keine Ausnahme mehr, dass 70jährige dem Ball nacheifern oder sich anderweitig fit halten.

Gefordert sind aber auch die sportlichen Interessenverbände. Sie müssen viel deutlicher und lauter, viel organisierter und besser vorbereitet, viel kenntnisreicher und vernetzter vorgehen. Die vor Jahresfrist gegründete „Berliner Fußball-Interessengemeinschaft“ fordert vehement die Stelle eines Infrastruktur-Beauftragten beim Berliner Fußballverband, besetzt mit einer kenntnisreichen und mit Kompetenzen ausgestatteten Person. Sport ist ein Kernthema für die Stadtentwicklung. Darauf müssen Vereine und Verbände immer wieder hinweisen. Sie müssen viel deutlicher die Abstellung der vielen Missstände einfordern. Von alleine wird nichts passieren.

Volksinitiative für Flughafen Tegel – aber nicht für den Sport

Der Berliner Sport hat es nicht geschafft, sein Gewicht in den Wahlkampf zu werfen, hat keine Forderungen gestellt. So hatte die Politikerseele ihre Ruh. Gleichzeitig musste sie sich aber mit einer Volksinitiative für die Offenhaltung eines Innenstadtflyhghafens



Gerd Thomas, 1. Vorsitzender des „FC Internationale“

auseinandersetzen. Nun kann man über Sinn und Unsinn trefflich diskutieren. Fakt ist, dass eine kleine 6-Prozent-Partei mit 100.000 Wählern etwas schafft, was den großen Sportverbänden mit sechsmal so vielen Mitgliedern nicht gelingt.

Die meisten Vereinsvertreter schimpfen weiter über zu wenig Unterstützung, denn das bringt in den Vereinshöfen des Amateursports immer Zustimmung. Der Unmut besteht zurecht, doch was folgt daraus? Bei den Verbandsversammlungen hebt man willfährig die Hand zur Abstimmung und schwimmt mit dem Strom – wenn man es überhaupt für nötig erachtet, seinen Verein zu vertreten. Widerspruch und lange Diskussionen sind nicht erwünscht – leider auch bei der Mehrzahl der Vereinsvertreter nicht. Bei den Wahlen gibt es in der Regel keine Gegenkandidaten, dafür aber Abstimmungsergebnisse, die an sozialistische Parteitage erinnern. Verirrt sich mal ein Politiker auf ein Amateursportgelände, lächeln die Vereinsverantwortlichen fröhlich in die Kamera, führen aber aus Demut vor Amtsleitern und Volksvertretern kaum mal eine Diskussion über Probleme und Chancen des Breitensports. Auch dieses schwierige Demokratieverständnis gehört zur Wahrheit des Amateursports.

Die Politik für den Amateursport begeistern

Natürlich sind Einnischung und Diskurs anstrengend. Aber sie sind wesentliche Merkmale der Demokratie, auch für den Sport. Und sie bringen Erfolge, wenn man sie organisiert und gemeinsam betreibt. Die leider viel zu wenigen positiven Beispiele belegen das. Die Klagen über die schwierigen infrastrukturellen Verhältnisse mögen legitim sein. Aber besser wäre es, gemeinsam in der Riege der Politiker vor Ort ehrliche Begeisterung für den Sport zu entfachen. Vorteile für den Wahlkreis und die Gesellschaft klarzumachen, Möglichkeiten

aufzuzeigen, auf Missstände hinzuweisen und von der Politik eine Position zum Sport einzufordern. Die Vertreter der Sportverbände müssen ihre Kontakte stärker nutzen, um der Politik angemessene Zugeständnisse abzurufen. Nicht ohne auf die großartigen Leistungen des Sports hinzuweisen – ob nun bezüglich des klassischen Wettbewerbs, bei der Prävention, der Gesundheitsförderung, der Integration. Aber nicht zuletzt auch auf die gesellschaftspolitische Verantwortung als größter Träger in der Kinder- und Jugendhilfe. Hier müssen Vereine und Verbandsrepräsentanten Hand in Hand arbeiten und deutlich selbstbewusster auftreten.

Dass der eine oder andere Verbandsvertreter dasselbe Parteibuch wie die amtierenden Sportpolitiker des Senats hat, darf dabei keine Rolle spielen. Die Vertreter von LSB und BFV sind über alle Parteien hinweg von allen Mitgliedern gewählt worden. Diese sind bunt gemischt, so wie die Hauptstadt Berlin eben ist, was ja von den Politikern in den Reden zur vielfältigen Gesellschaft so gern proklamiert wird. Der Sport ist seit Jahren der Integrationsmotor schlechthin. Und er wird gerade nach dem letzten Wahlergebnis mehr denn je gebraucht. Schön wäre es natürlich, die Politik würde selbst erkennen, dass sie mit einer offensiven Vertretung des Sports Punkte sammeln kann. Aber wie realistisch ist das?

Rahmenbedingungen für die Vereine werden immer schlechter

Die Vereinsvertreter hingegen sollten sich nicht von überforderten Sportämtern oder wenig interessierten Bezirkspolitikern mit Floskeln wie „Es gibt keine Flächen“ oder „Es gibt kein Geld“ oder gar „Das haben wir schon immer so gemacht“ abspeisen lassen. Dass viele Plätze in den Ferien mangels Personal nicht bespielt werden dürfen, obwohl die Saison längst wieder begonnen hat, ist nicht akzeptabel. Dass Rasenplätze im August gesperrt sind, obwohl nahezu ideales Wetter vorherrscht, und dann Anfang Oktober wieder gesperrt werden, ist nahezu Zweckentfremdung. Man stelle sich vor, Parks und Liegewiesen würden ausgerechnet zur schönsten Jahreszeit zugemacht. Sie sind wie Sportplätze dazu da, dass Menschen sich dort bewegen, begegnen und miteinander Spaß haben. Aber Vereine und Verbände müssen sich gegen diese sportfeindlichen Zustände auch zur Wehr setzen.

Auch künftig werden nicht alle Wünsche nach neuen oder besseren Sportstätten realisiert werden können. Doch für den Sport sind längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Sport, Politik und Verwaltung müssen sich aber die Mühe machen, nach Lösungen zu suchen, am besten in einer konzertierten Aktion. Denn die Stadt wächst und wächst, gleichzeitig treiben die Leute immer länger Sport. Allein der Berliner Fußball stellt rund 200 Teams in den Altersklassen über 50 bzw. über 60 Jahre. Der Bedarf an Sportflächen wächst also rasant. Hinzu kommt, dass viele freie Gruppen auch nach Sportflächen suchen. Auch freie Träger entwickeln erfolgreiche Konzepte, in denen Sport eine Rolle spielt. Zur Umsetzung brauchen sie Hallen oder Plätze. Die RheinFlanke entwickelt in Berlin gerade ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Berliner Fußballverband, dem FC Internationale, der Arbeitsagentur und Arbeitgeberorganisationen, das Arbeitslose mit Hilfe des Sports in Beschäftigung bringen soll. Solche innovativen Partnermodelle könnten in Zukunft zunehmen. Auch hierauf sollten Politik und Verwaltung sich einstellen und solche Projekte als Chance begreifen.

Vereine und Ehrenamtliche kommen an den Rand der Belastbarkeit

Indes müssen viele Vereine zusätzliche Kinder und Jugendliche abweisen, weil sie diese auf den ihnen zugewiesenen Flächen nicht mehr unterbringen können. Das ist in einer Zeit, in der Gesundheits-

prävention, Integration und Sozialverhalten täglich die Schlagzeilen beherrschen, geradezu abenteuerlich. Aber was sollen die Jugendleiter und Trainer machen? Sie sind oftmals eh schon längst am Ende des Machbaren angelangt. Den meisten fehlt schlicht die Zeit, um sich Gedanken über den reinen Trainings- und Spielbetrieb hinaus zu machen. Oftmals müssen sie sich sogar noch von Eltern beschimpfen lassen, warum ihr Kind den gewünschten Platz nicht bekommt. Dass Ganztagschulen, die enge Taktung des Studiums und flexibilisierte Arbeitszeiten vielen interessierten Trainerinnen und Trainern eine regelmäßige Betreuung eines Kinder- oder Jugendteams unmöglich machen, sei an dieser Stelle nur am Rande erwähnt.

Volksentscheid „Pro Amateursport“ initiieren

Für die Zufriedenheit in der Stadt ist es auch wichtig, die vielen Ehrenamtlichen des organisierten Sports in Berlin nicht im Stich zu lassen. Die Politik muss erkennen, dass es sich lohnt, leidenschaftlich für den Sport zu kämpfen, die Amateurvereine und ihre Akteure zu unterstützen. Die vielen engagierten Menschen in den Vereinen haben es verdient. Sie leisten täglich unter schwierigsten Bedingungen Großartiges. Diese Tatsache sollte nicht nur Bestand von Sonntagsreden sein.

Und wenn es einer in Berlin unbedeutenden Partei gelingt, einen längst gefällten Beschluss zur Abwicklung eines Airports (auf dessen Gelände man u. a. jede Menge Sportstätten bauen könnte) in Frage zu stellen, warum sollte es nicht auch einen erfolgreichen „Volksentscheid Pro Sportstätten“ geben. Das wäre ein klares Signal für die überragende Zahl von sportlichen Akteuren. Nach dem Motto: „AMATEURSPORT RETTEN! JETZT UNTERSCHREIBEN!“

Bei einem erfolgreichen Votum und einer zügigen anschließenden Umsetzung würden die Vereine den Herausforderungen besser begegnen können. Neben dem klassischen Sport wären sie dann auch eher in der Lage und bereit, sich weiteren Herausforderungen zu stellen. Gerade Erfolge im sozial-integrativen Bereich könnten dabei helfen, über den Sport die Demokratie zu stärken. Berlin würde zudem ganz nebenbei an Attraktion gewinnen.

Der Autor Gerd Thomas ist 1. Vorsitzender des „FC Internationale Berlin“ und Netzwerkkoordinator im Hauptstadtbüro der RheinFlanke gGmbH. Beide Organisationen sitzen in Berlin-Schöneberg und wurden mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem DFB-Integrationspreis (beide), dem Großen Stern des Sports (FC Internationale) und dem Kinder- und Jugendhilfepreis (RheinFlanke).

Der FC Internationale stellt mit seinen 1.200 Mitgliedern die drittmeisten Teams im Berliner Fußballverband, ist Integrationsstützpunkt der Sportjugend und bietet Fußball für alle an (männlich, weiblich, jung, alt).

Die RheinFlanke gGmbH ist ein Träger der Kinder- und Jugendarbeit und vor allem in den Bereichen der Berufsorientierung und der Flüchtlingshilfe engagiert. Ein besonderer Fokus liegt auf Kinder und Jugendliche, die einen verminderten Zugang zu Bildung und Ausbildung und damit auch zu gesellschaftlicher Teilhabe haben. Beide Organisationen kooperieren bei Projekten oder Veranstaltungen. Gerd Thomas ist zudem Mitglied des Jugendbeirats im Berliner Fußballverband.